

# Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003: Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung

Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2000/2003

von WERNER SEITZ

Bei den eidgenössischen Wahlen 2003 konnten die Frauen ihre Vertretung in beiden Parlamentskammern – im Nationalrat und im Ständerat – leicht erhöhen. Der Frauenanteil liegt nun in beiden Kammern bei rund einem Viertel, was das beste Ergebnis seit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen ist. Um Parität zwischen den Geschlechtern zu erreichen, müsste der Anteil aber doppelt so hoch sein.

Bei den anschliessenden Bundesratswahlen wurde eine wieder kandidierende Bundesrätin nicht mehr gewählt – die erste Abwahl eines amtierenden Bundesratsmitglieds seit über 130 Jahren. Und bei der Nachfolgewahl eines zurückgetretenen Bundesrates wurde einem Mann der Vorzug gegeben. Die Frauenvertretung in der Bundesregierung sank in der Folge von 2 auf 1, was den Gleichstellungsbestrebungen in der Schweiz einen auch symbolisch bedeutenden Rückschlag versetzte und in Erinnerung rief, dass sich Gleichstellung nicht automatisch einstellt, sondern dass dafür immer wieder gekämpft werden muss.

## Abkürzungen der Parteien

### Bundesratsparteien

FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

SPS Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
SVP Schweizerische Volkspartei

### Bürgerliche Nicht-Bundesratspartei

LPS Liberale Partei der Schweiz

### Mitte-Parteien

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz  
CSP Christlichsoziale Partei

### Linke Nicht-Bundesratsparteien und Grüne

PdA Partei der Arbeit der Schweiz  
Sol. Solidarität

FGA Feministische und grün-alternative Gruppierungen (Sammelbegriff)

GPS Grüne Partei der Schweiz

### Rechte Nicht-Bundesratsparteien

SD Schweizer Demokraten  
EDU Eidgenössisch-Demokratische Union  
FPS Freiheitspartei der Schweiz

Lega Lega dei Ticinesi

Für Parteibezeichnungen auf Kantonsebene wird das Suffix -S (der Schweiz) weggelassen

## Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003

Der Nationalrat besteht aus 200 Mitgliedern und wird alle vier Jahre neu gewählt. Gemäss Artikel 149 der neuen Bundesverfassung bildet jeder Kanton einen Wahlkreis. Je nach Grösse der Wohnbevölkerung haben die Wahlkreise mehr oder weniger Sitze im Nationalrat zugute. Jedem Wahlkreis steht jedoch mindestens einer zu; in Kantonen mit nur 1 Sitz wird nach dem Majorzsystem gewählt (UR, OW, NW, GL, AI, AR). In den 20 Kantonen mit 2 oder mehr Sitzen erfolgt die Mandatsverteilung nach dem Proporzsystem.

### Für den Nationalrat bewarben sich erneut 35 Prozent Frauen und 65 Prozent Männer

Bei den Nationalratswahlen 2003 kandidierten in den Proporzkantonen 993 Frauen und 1843 Männer für ein Mandat, der Frauenanteil betrug 35% und war damit gleich gross wie schon bei den Nationalratswahlen 1995 und 1999.

### Überdurchschnittlich viele Kandidatinnen auf den links-grünen Wahllisten

Bei den Parteien lag der Kandidatinnenanteil 2003 zwischen 13% und 57%. Wie schon bei den früheren Wahlen waren die Frauen auf den Wahllisten der SPS, der Grünen (GPS, FGA) und der kleinen Linksparteien (PdA, Sol.) überdurchschnittlich stark vertreten (mit Anteilen zwischen 43% und 50%). Um den schweizerischen Schnitt bewegte sich der Frauenanteil bei der FDP und der EVP (35% bzw. 39%). Unterdurchschnittlich vertreten mit Anteilen zwischen 13% und 27% waren dagegen die Frauen auf den Wahllisten der CVP, SVP, der LPS und der kleinen Rechtsparteien. Vergleiche Grafik 1.

## In sämtlichen Proporzkantonen kandidierten mehr Männer als Frauen

In den einzelnen Kantonen bewegte sich der Frauenanteil auf den Wahllisten zwischen 11% und 39%. In sechs Kantonen lag der Frauenanteil über dem nationalen Durchschnitt von 35% (FR, ZH, NE, BE, GE, BS), in sieben Kantonen lag er unter 30% (SH, JU, SZ, ZG, VS, LU, TI). Vergleiche Grafik 2.

In der Deutschschweiz war der Frauenanteil (36%) etwas grösser als in der französischsprachigen Schweiz (33%). Im Tessin betrug er 29%.

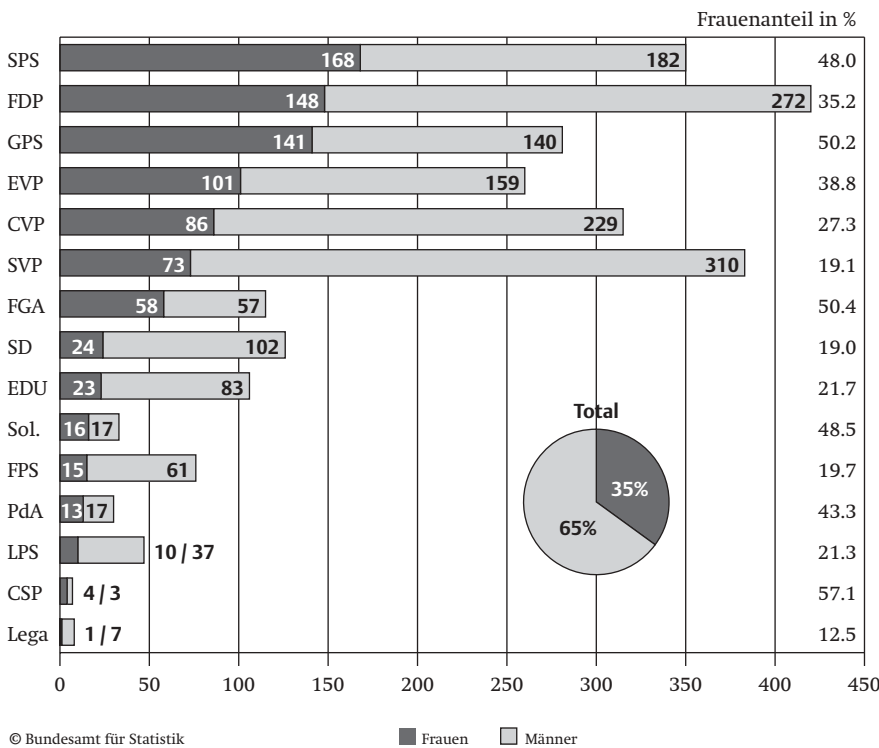
## Majorz und Proporz

Bei den Wahlen in die Regierungen und Parlamente kommt entweder das Majorzsystem oder das Proporzsystem zur Anwendung, welche sich, grosso modo, wie folgt unterscheiden:

Beim *Majorzsystem* treten die Kandidierenden als Einzelpersonen an; meistens werden sie jedoch von den Parteien nominiert und unterstützt. Gewählt ist, wer eine Mehrheit der Stimmen erhält. Im Majorzsystem haben die Kandidierenden von kleinen Parteien kaum Wahlchancen. Nach dem Majorzsystem werden die meisten Wahlen in die Kantonsregierungen und in den Ständerat durchgeführt; ebenso in den kleinen Wahlkreisen bei den Nationalratswahlen, in denen nur 1 Sitz zu vergeben ist (UR, OW, NW, GL, AI, AR).

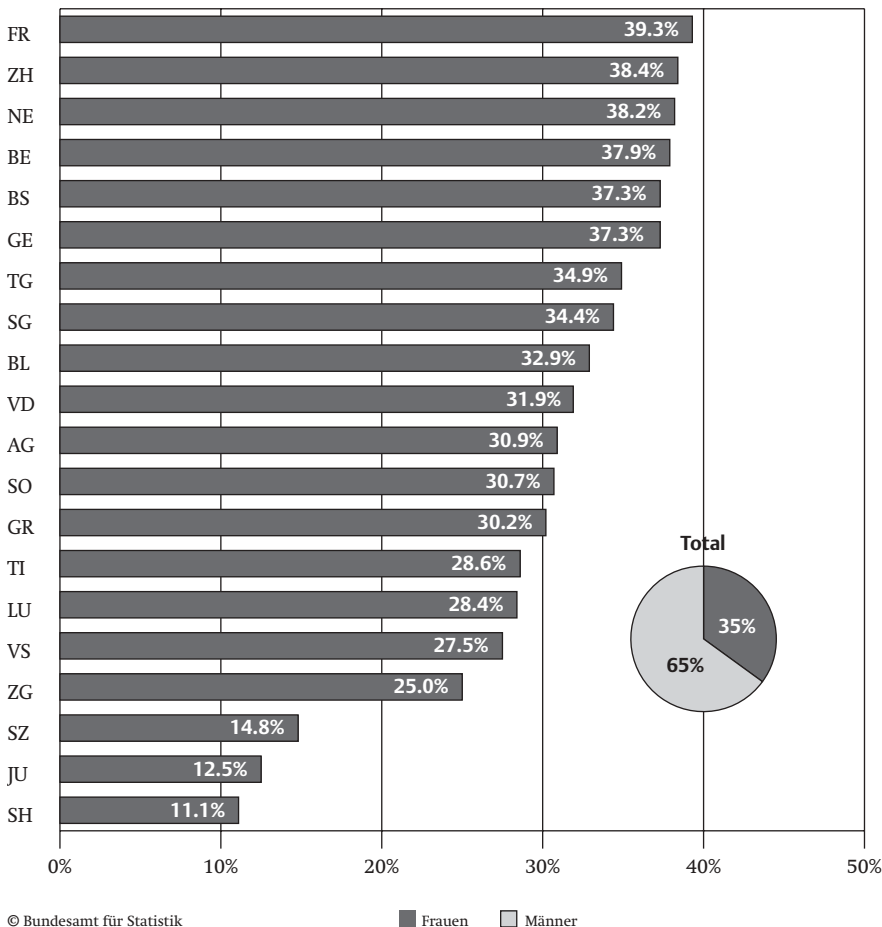
Das *Proporzsystem* unterscheidet sich vom Majorzsystem dadurch, dass es die Sitze möglichst proportional zu den erhaltenen Stimmen auf die Wahllisten der Parteien verteilt. Bei Proporzahlen werden die Mandate zuerst auf die Wahllisten verteilt, erst anschliessend werden die gewählten Personen bestimmt (anhand der Zahl der erhaltenen Stimmen). Nach dem Proporzsystem werden die meisten Parlamentswahlen (Nationalrat und kantonale Parlamente) durchgeführt.

**Grafik 1: Nationalratswahlen 2003: Kandidierende Frauen und Männer, nach Parteien**



© Bundesamt für Statistik

**Grafik 2: Nationalratswahlen 2003: Frauenanteil bei den Kandidierenden, nach Kantonen**



© Bundesamt für Statistik

**Es wurden 26 Prozent Frauen und 74 Prozent Männer in den Nationalrat gewählt**

Bei den Nationalratswahlen 2003 wurden 52 Frauen und 148 Männer gewählt (1999: 47 Frauen, 153 Männer). Mit 26% lag der Frauenanteil unter den Gewählten 2.5 Prozentpunkte höher als bei den Wahlen von 1999.

De facto sitzen jedoch nach den jüngsten Wahlen lediglich 50 Frauen im Nationalrat – nur 1 mehr als unmittelbar vor den Wahlen. Dies liegt daran, dass 2003 2 FDP-Frauen gleichzeitig auch in den Ständerat gewählt wurden, in dieser Kammer Einsitz nahmen und im Nationalrat durch 2 Männer ersetzt wurden, und dass im «alten» Nationalrat die Zahl der Frauen im Verlaufe der Legislaturperiode auf 49 angewachsen war.

**Fast zwei Drittel der gewählten Nationalrätinnen gehört den Linken oder den Grünen an**

Eine klare Mehrheit der gewählten Frauen (61.5%) gehört der SPS, den kleinen Linksparteien oder den Grünen an; 38.5% stammen aus den bürgerlichen Parteien FDP, CVP, SVP und LPS. Die parteipolitischen Unterschiede bei der Frauenvertretung zeigen sich noch deutlicher, wenn berücksichtigt wird, dass die bürgerlichen Parteien über die Mehrheit der Mandate im Nationalrat verfügen: Sie nehmen 61.5% aller Mandate ein; Linke und Grüne haben dagegen zusammen nur 34.5% der Mandate inne.

Auch ein Vergleich der Frauenanteile in den einzelnen Parteien spiegelt diese parteipolitischen Unterschiede. Geschlechterparität gibt es einzig bei den Grünen (7 Frauen, 7 Männer). Zahlenmässig am meisten Frauen finden sich bei der SPS: 24 Frauen, 28 Männer (Frauenanteil: 46%); bei den kleinen Linksparteien (PdA, Sol.) wurden 1 Frau und 2 Männer in den Nationalrat gewählt. Vergleiche Grafik 3.

Die CVP-Frauen verbesserten ihre Vertretung gegenüber den letzten Wahlen klar: Sie vermochten die Zahl ihrer Mandate gar um 1 auf 9 zu steigern, während die Männer massiv an Mandaten verloren (-8); die gewählten Frauen erreichten so

in der CVP-Delegation einen Anteil von 32% (1999: 23%). Dagegen sank der Frauenanteil in der FDP-Vertretung unter die 20%-Marke; werden die beiden FDP-Frauen, die im Ständerat Einsitz nahmen, noch abgezählt, beträgt der Frauenanteil der FDP gar nur 14%. Nochmals kleiner geworden ist der Frauenanteil bei der SVP, der Wahlsiegerin mit der grössten Mandatszahl im Nationalrat. Die 3 gewählten Frauen erreichen in der 55-köpfigen SVP-Deputation gerade noch einen Anteil von 5.5%. Dies ist der niedrigste Wert für die SVP seit 1987. Bei den kleinen Rechtsparteien (SD, EDU, Lega), bei der EVP und der CSP – alles Parteien mit nur wenigen Mandaten – wurde noch nie eine Frau in den Nationalrat gewählt.

**Acht Kantone wählten 2003 ausschliesslich Männer in den Nationalrat**

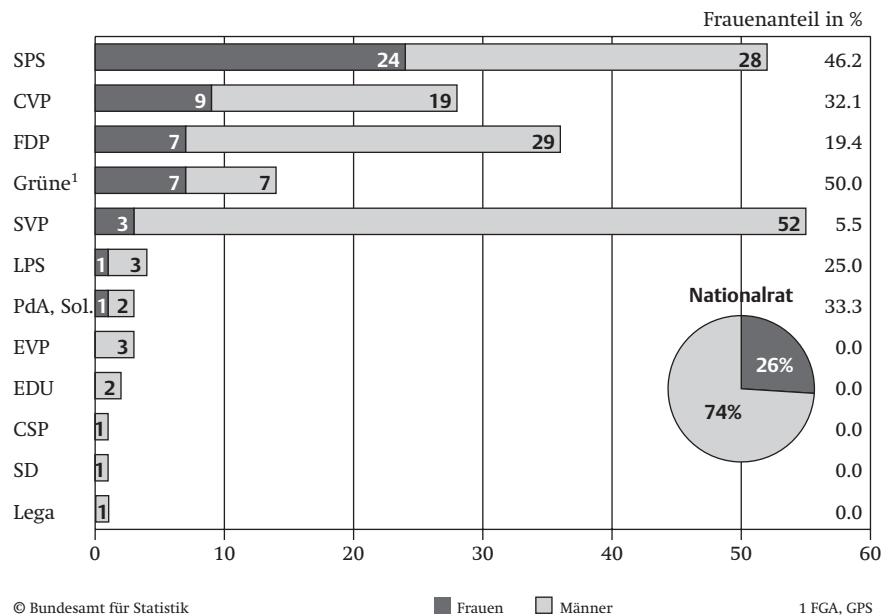
In 16 Proporzkantonen wurden Frauen in den Nationalrat gewählt, wobei sich die Frauenanteile zwischen 10% (LU) und 35% (ZH) bewegten. Erstmals wurden auch Frauen in Majorzkanantonen gewählt (UR, AR). Vergleiche Grafik 4.

Mehr als 30% erreichte der Frauenanteil in Zürich, St. Gallen, Aargau und Bern. Über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 26% lag der Frauenanteil in Solothurn, Basel-Landschaft, in der Waadt und in Genf. 20% oder weniger betrug der Frauenanteil in den Kantonen Basel-Stadt, Graubünden, Neuenburg, Thurgau, Freiburg und Luzern. Acht Kantone sind im Nationalrat ausschliesslich durch Männer vertreten: Es sind dies vier Majorzkan-tone (OW, NW, GL, AI) sowie vier Proporzkan-tone (ZG, SH, VS, JU). Fünf dieser Kantone haben noch nie eine Frau in den Nationalrat gewählt (ZG, OW, NW, GL, AI).

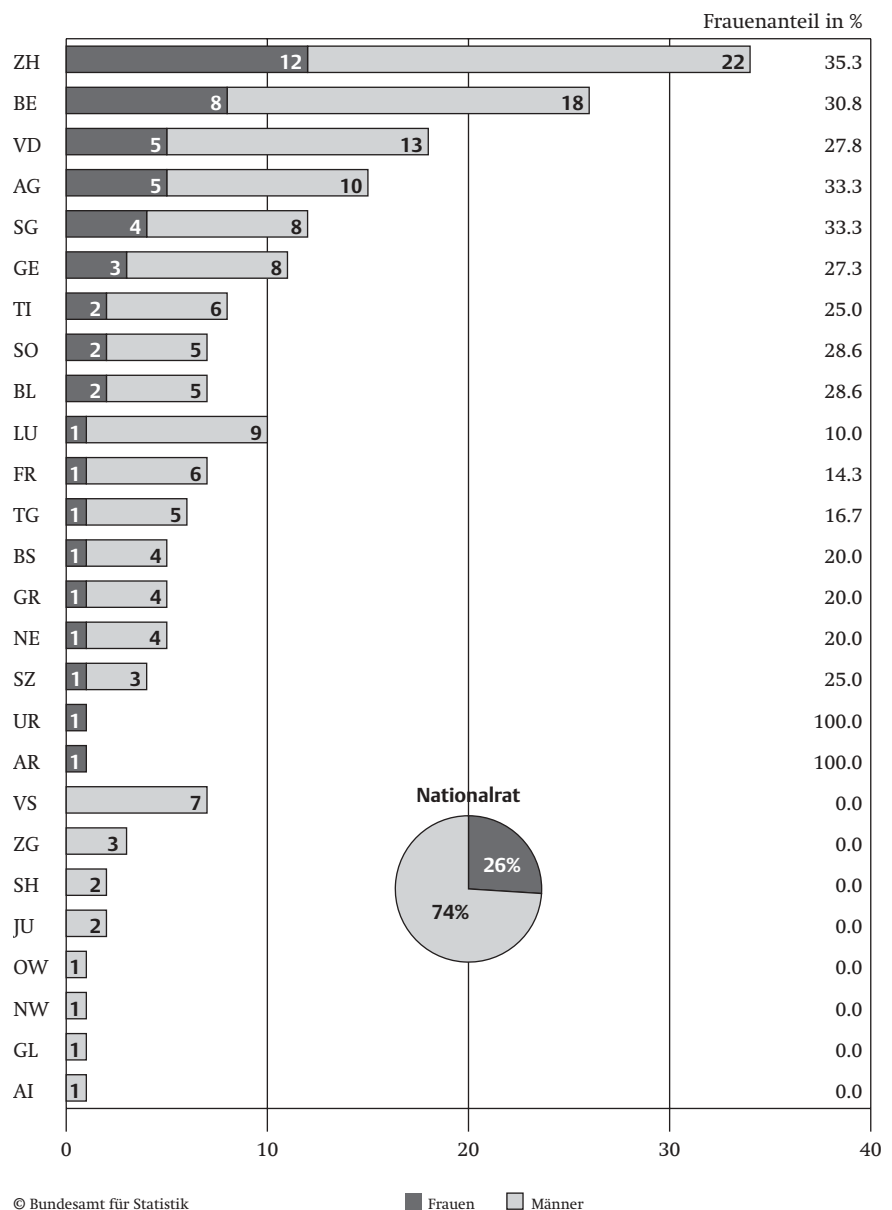
**Die Frauenvertretung stieg 2003 in allen Sprachregionen leicht an**

3 Frauen mehr als 1999 wurden in der deutschsprachigen Schweiz gewählt, je 1 mehr in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin. Damit sind die Deutschschweizerinnen mit 28% am besten vertreten. Unter den Gewählten der Romandie machen die Frauen 20% aus, im Tessin 25%.

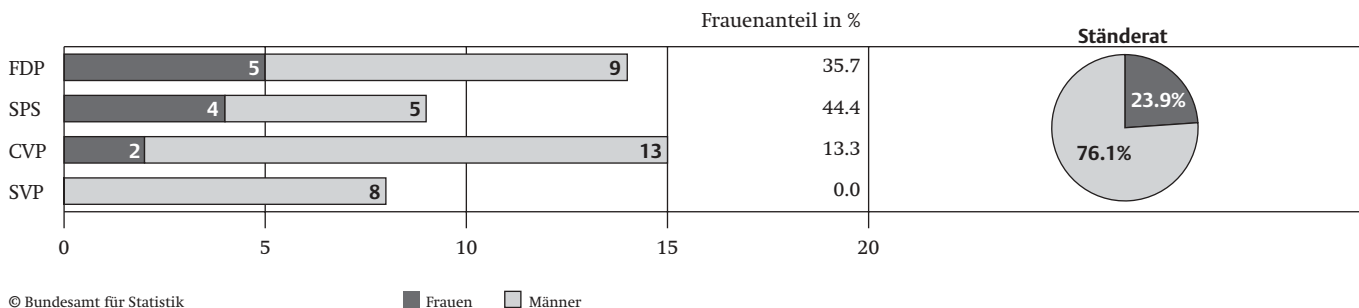
**Grafik 3: Nationalratswahlen 2003: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien**



**Grafik 4: Nationalratswahlen 2003: Gewählte Frauen und Männer, nach Kantonen**

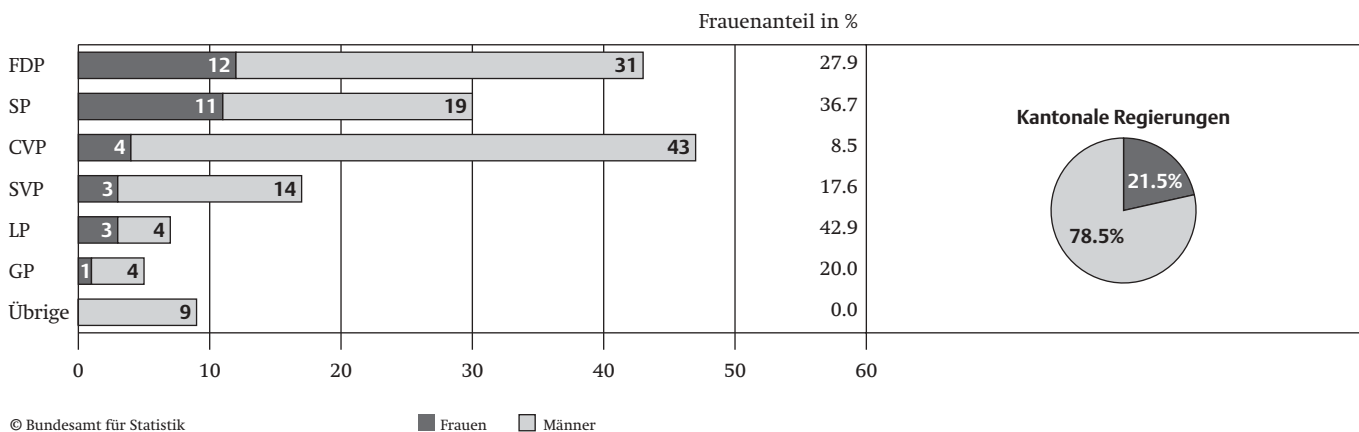


**Grafik 5: Ständeratswahlen 2002/2003: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien**



© Bundesamt für Statistik

**Grafik 6: Kantonale Regierungsratswahlen (Stand: Ende 2003): Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien**



© Bundesamt für Statistik

## Die Frauen bei den Ständeratswahlen 2002/2003

Der Ständerat besteht aus 46 Mitgliedern. Jeder Kanton ist mit 2 Mitgliedern vertreten; die Halbkantone (OW, NW, BS, BL, AI und AR) mit je 1. Die Wahl in den Ständerat untersteht kantonalem Recht und erfolgt somit nicht einheitlich. So wird in Appenzell Innerrhoden die Abordnung in den Ständerat an der Landsgemeinde bestimmt. Die übrigen Kantone wählen ihre Ständerätinnen und Ständeräte an der Urne, und zwar – mit Ausnahme des Kantons Jura – nach dem Majorzsystem. Unterschiede bestehen auch im Wahltermin.

### In den Ständerat wurden 24 Prozent Frauen und 76 Prozent Männer gewählt

Im Ständerat sind die Frauen leicht schwächer vertreten als im Nationalrat: 2002/2003 wurden 11 Frauen gewählt (24%), das sind 2 Frauen mehr als 1999.

### 7 von 11 Ständerätinnen gehören einer bürgerlichen Partei an

Die Verteilung der gewählten Frauen nach Parteien ist im Ständerat anders als im Nationalrat: Von den 11 Frauen gehören 7 einer bürgerlichen Partei an (5 FDP, 2 CVP); 4 Frauen sind Mitglied der SPS. Die grössten Frauenanteile finden sich bei der SPS und bei der FDP: Unter den SPS-Abgeordneten sind 44% weiblich (4 Frauen, 5 Männer), bei der FDP beträgt der Frauenanteil 36% (5 Frauen, 9 Männer). Die CVP stellt 2 Ständerätinnen und 13 Ständeräte (13%). Die SVP ist mit 8 Männern und keiner Frau im Ständerat vertreten. Vergleiche Grafik 5.

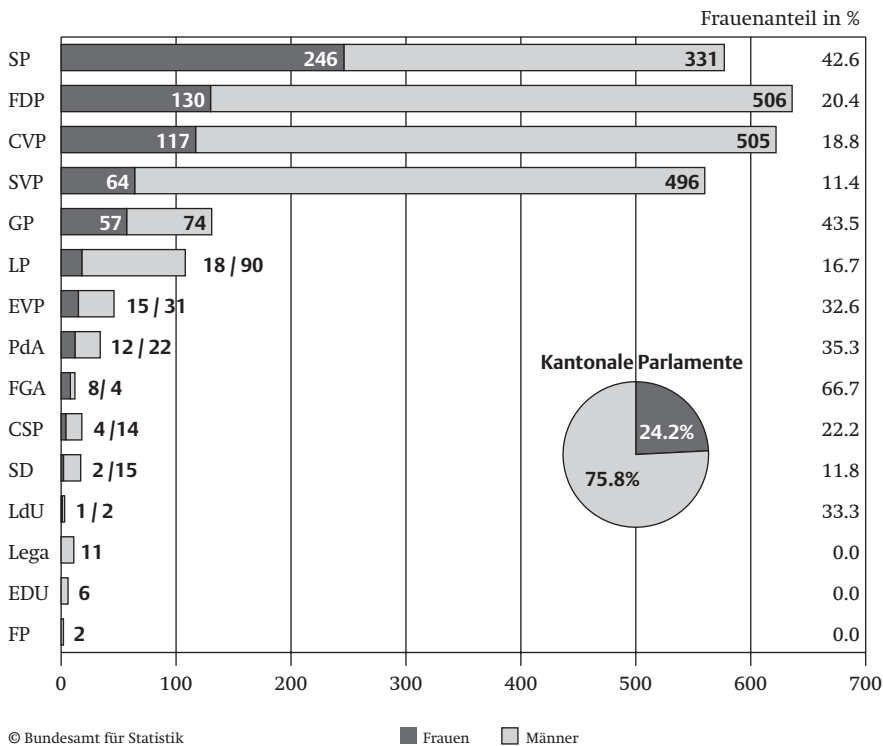
### 16 von 26 Kantonen bzw. Halbkantonen wählten keine Frauen in den Ständerat

In zehn Kantonen wurden Frauen in den Ständerat gewählt: Dabei ist die Ständeratsdelegation in sieben Kantonen paritätisch aus 1 Frau und 1 Mann zusammengesetzt (ZH, BE, LU, SG, VD, NE, JU). 2 Frauen schickt einzig Genf in den Ständerat; die beiden Halbkantone Nidwalden und Basel-Stadt sind je durch 1 Frau vertreten. Reine Männerdelegationen wurden in 16 Kantonen bzw. Halbkantonen gewählt.

## Die Bundesratswahlen vom 10. Dezember 2003

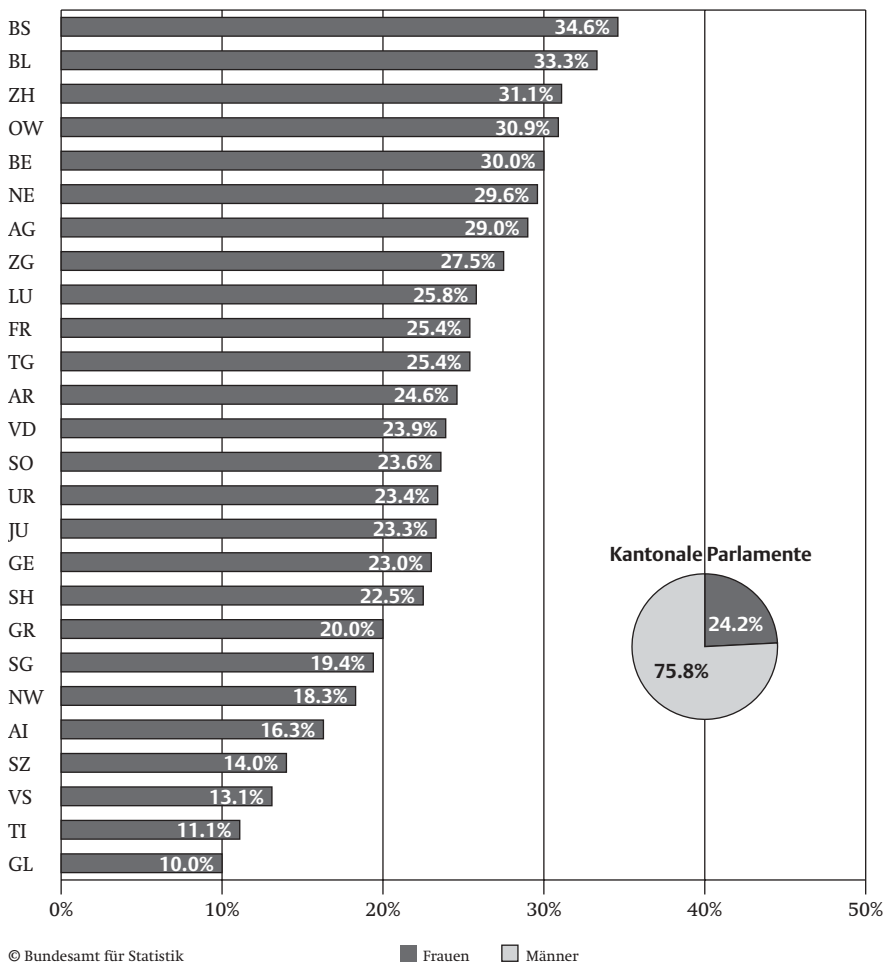
Der 7-köpfige Bundesrat – die schweizerische Regierung – wird jeweils nach der Gesamterneuerung des Nationalrates von Stände- und Nationalrat zusammen (=vereinigte Bundesversammlung) auf vier Jahre gewählt. Die Wahl erfolgt nach dem Majorzsystem, wobei für die Bestellung jedes Sitzes ein eigener Wahlgang durchgeführt wird. Gemäss Bundesverfassung müssen die Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat angemessen berücksichtigt sein. Bezüglich der parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrates galt über vierzig Jahre lang die so genannte «Zauberformel» (2 FDP, 2 CVP, 2 SPS und 1 SVP); nach den Nationalratswahlen 2003 wurde sie umgeändert in 2 FDP, 2 SVP, 2 SPS und 1 CVP. Dieser Änderung fiel die wieder kandidierende CVP-Bundesrätin zum Opfer. So hat seit Januar 2004 im 7-köpfigen Bundesrat nur noch 1 Frau Einsitz (SPS).

**Grafik 7: Kantonale Parlamentswahlen 2000–2003: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien**



© Bundesamt für Statistik

**Grafik 8: Kantonale Parlamentswahlen 2000–2003: Frauenanteil bei den Gewählten, nach Kantonen**



© Bundesamt für Statistik

## Exkurs: Die Frauen bei den kantonalen Wahlen 2000/2003

Die **Regierungen** der 26 Kantone und Halbkantone bestehen aus 5 oder 7 Mitgliedern, welche direkt durch die Stimmberechtigten gewählt werden. Mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden, das noch die Landsgemeinde kennt, erfolgt die Wahl an der Urne, und zwar nach dem Majorzsystem. Die beiden Kantone Zug und Tessin wählen dagegen ihre Regierung nach dem Proporzsystem. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre, ausser in Appenzell Innerrhoden (jährliche Wahl) und in Freiburg (5 Jahre).

In den kantonalen Regierungen waren die Frauen lange Zeit nicht oder nur schwach vertreten. Die erste Regierungsrätin wurde 1983 in Zürich gewählt; 1991 hatten erst 5 Frauen ein Regierungsamt inne (Frauenanteil 3%). Darauf steigerte sich der Frauenanteil deutlich: 1995 erreichte er 11% und 1999 rund 20%. Ende 2003 machten die Frauen in den kantonalen Regierungen 21.5% aus, d.h. sie hatten 34 von insgesamt 158 Sitzen inne.

### 23 der insgesamt 34 Regierungsrätinnen gehören der FDP oder der SP an

Die stärkste Frauenpräsenz in den kantonalen Regierungen haben gegenwärtig die FDP mit 12 Frauen und die SP mit 11 Frauen; damit haben die FDP-Frauen 28% aller FDP-Mandate inne, die SP-Frauen 37% aller SP-Mandate. Der höchste Frauenanteil findet sich bei der LP (43%). Bei der GP erreicht der Frauenanteil 20%, bei der SVP 18% und bei der CVP – mit den meisten Mandaten in den Kantonsregierungen – 8.5%. Vergleiche Grafik 6.

Ende 2003 gab es sechs Kantone mit Regierungen ohne Frauenbeteiligung (SZ, SH, AI, AG, TG, VS). Als erster und bisher einziger Kanton hat Zürich eine Regierung mit Frauenmehrheit (4 Frauen, 3 Männer).

Die **Parlamente** in den Kantonen bestehen aus 49 (AI) bis 200 Mitgliedern (BE). Die Abgeordneten werden mehrheitlich nach dem Proporzsystem bestimmt, ausser in Appenzell Innerrhoden und in Graubünden; in diesen beiden Kantonen werden einige oder alle Mandate an Gemeinde- oder Bezirksversammlungen vergeben (Majorz). Gemischte Systeme von Proporz und Majorz bestehen in Uri, Schwyz, Zug, Basel-Stadt, Schaffhausen und Appenzell Ausserrhoden. Die Wahlen erfolgen in mehreren Wahlkreisen, ausser im Tessin und in Genf, wo der Kanton den einzigen Wahlkreis darstellt.

Bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente sind rund 2900 Sitze zu besetzen. Im Vergleich zu den Wahlen von 1996–1999 stagnierte der Anteil der gewählten Frauen bei 24%; am Ende der Periode 2000/03 standen sich in den kantonalen Parlamenten 709 Frauen 2223 Männern gegenüber.

**In den Kantonsparlamenten haben die Frauen bei der SP und den Grünen einen Anteil von mehr als 40 Prozent**

Die parteipolitische Verteilung der gewählten Frauen in den kantonalen Parlamenten entspricht weitgehend der Verteilung im Nationalrat: Über 40% Frauen finden sich bei der SP und den Grünen (GP, FGA), bei CVP und FDP sind es rund 20% Frauen. Der Frauenanteil der SVP beträgt 11%; bei den kleinen Rechtsparteien insgesamt ist er niedriger als 10%. Vergleiche Grafik 7.

In fünf Kantonsparlamenten haben die Frauen einen Anteil von 30% und mehr (BS, BL, ZH, OW, BE), in sieben Kantonen ist ihr Anteil kleiner als 20% (GL, TI, VS, SZ, AI, NW, SG). Vergleiche Grafik 8.

---

Werner Seitz, Dr. phil., Politologe, Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien» im Bundesamt für Statistik. Er verfasste mehrere Analysen zu den Frauen in der Politik und war von 2000 bis 2002 Mitglied einer ExpertInnengruppe des Europarates, welche Massnahmen erarbeitete «für eine ausgeglichene Beteiligung der Frauen und Männer an den Entscheidungen in der Politik und im öffentlichen Leben».